

Einige Ungenauigkeiten bzw. Mängel inhaltlicher Art: Der Josefinismus als kirchliches Reformprogramm wird vom Autor entschieden zu negativ bewertet, die neuesten Arbeiten zu diesem Thema sind ihm unbekannt. Ebenso unbekannt sind ihm die neueren Handbücher der Kirchengeschichte von H. Jedin (Hrsg.) 1962/1979 und L. J. Rogier (Hrsg.) 1963/1977. Offenbar aus einem nationalen Harmonisierungsbedürfnis der tschechischen Emigration heraus verschweigt der Verfasser, daß die mährische Cyrill und Method-Idee bewußt auch als Gegenkraft gegen die besonders in Böhmen gepflegte national-hussitische Ideologie verstanden wurde. Die Vorbehalte gegen die geplante Dogmatisierung der päpstlichen Infallibilität waren auch bei tschechischen Bischöfen (Jirsík) und im tschechischen Klerus vorhanden. Sales Mayer, der Berater Kardinal Schwarzenbergs, war kein Güntherianer. Zur richtigen Feststellung, daß die katholischen Deutschen Mährens für „Welehrad“ wenig Verständnis zeigten, sei eine Gegenfrage erlaubt: Wäre eine pangermanische katholische Bonifatius-Ideologie zur Überwindung der Glaubenspaltung infolge der Reformation Luthers von slawischen Katholiken mitgetragen worden? — Viele Druckfehler.

Eine wissenschaftliche, moderne Stojan-Biographie steht noch aus: die Hagiographen hätten von einer solchen nichts zu befürchten, die Erscheinung des Menschenfreundes Stojan zeigt, daß er aus tieferen Quellen lebte als aus einer — an sich bewundernswerten — Ideologie.

Königstein/Taunus

Kurt A. Huber

*Berger, Peter Robert: Der Donauraum im wirtschaftlichen Umbruch nach dem Ersten Weltkrieg. Währung und Finanzen in den Nachfolgestaaten Österreich, Ungarn und Tschechoslowakei 1918—1929. 2 Bde.*

Wirtschaftsuniversität, Wien 1982, zus. V + 649 S., kart. DM 72,— (Dissertationen 35/I—II).

Der Zerfall Österreich-Ungarns wird für gewöhnlich als Hauptursache der wirtschaftlichen Misere der Donaustaaten in der Zwischenkriegszeit betrachtet. Die Argumentation ist bekannt: 1918 sei eine arbeitsteilige wirtschaftliche Einheit aufgelöst, ja in mancher Lesart mutwillig zerstört worden, und zwar zum Schaden aller beteiligten Staaten. Der wirtschaftliche Nationalismus habe durch Aufrichtung von Zollschranken dieses Zerstörungswerk fortgesetzt: Am Ende dieses wirtschaftlichen Selbstmordes kam folgerichtig die Unterwerfung des Donauraumes unter den deutschen Imperialismus. Für die Donaustaaten im allgemeinen, besonders aber für Österreich, wird die These strapaziert, daß sie für sich genommen, als Einzelstaaten, wirtschaftlich nur schwer oder gar nicht lebensfähig waren. Diese angebliche wirtschaftliche Lebensunfähigkeit bildete ein wesentliches Argument für einen Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich.

Bergers Dissertation widmet sich der Kernzone der ehemaligen Habsburgermonarchie, Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei, in den zwanziger Jah-

ren. Seine äußerst systematische Arbeit gliedert sich in zwei Schwerpunkte: zum einen behandelt sie die Grundausrüstung der genannten Nachfolgestaaten mit Ressourcen an Boden, Produktionsstätten und Arbeitskräften. Dabei wird der Anteil bestimmt, den sie in Landwirtschaft und Industrie vom Erbe des Habsburgerstaates übernehmen. Ein nächster Teil der Arbeit befaßt sich mit der Wirtschaftsideologie und Wirtschaftspolitik der betreffenden Staaten, und zwar in den Schwerpunkten Außenhandel, Währung und Finanzen sowie Währungsstabilisierung. Diese Detailanalysen und ihre Ergebnisse erlauben Berger den Schluß, daß in Wahrheit der Zerfall der Monarchie als solcher und alleine genommen „keine unüberwindlichen Hindernisse auf dem Weg zur ökonomischen Wiederaufrichtung der Sukzessionsstaaten bildete“; ebenso wird die These von der wirtschaftlichen Lebensunfähigkeit Österreichs widerlegt (S. 622).

Einen Hauptteil der Arbeit bildet also die wirtschaftliche Grundausrüstung der drei Sukzessionsstaaten in „sektoraler Perspektive“. Berger belegt die äußerst ungerechte Verteilung des habsburgischen Erbes auf die Neustaaten, denn vornehmlich die Tschechoslowakei, aber auch Österreich haben das industrielle Erbe übernommen, während Ungarn trotz territorialer Amputation ein reicher Agrarstaat blieb. Zur Illustration ist daran zu erinnern, daß die Tschechoslowakei insgesamt 44,6 % der in Bergbau und Industrie tätigen Bevölkerung gegenüber lediglich 27,4 % der Gesamtbevölkerung der Donaumonarchie erbte (S. 100). Diese Disproportionalität war ein Ergebnis der „österreichisch-ungarischen Wirtschaftsstruktur“ (A. Teichová), welche aus mannigfachen wirtschaftlichen und politisch-gesellschaftlichen Gründen wirtschaftliche Schwerpunkte gebildet hatte.

Vom Standpunkt der einzelnen Neustaaten aus betrachtet, ergab vor allem die Konzentration auf einzelne Wirtschaftszweige gravierende Nachteile. Diese grundsätzlichen Probleme der Wirtschaftsstruktur wurden durch weitere strukturelle Mängel verschärft, beispielsweise durch die Zerreißung von Produktionseinheiten. Wieder nur zur Illustration der Hinweis auf die übergroßen österreichischen Kapazitäten an Spinnereien bei nahezu vollständigem Ausfall der Webereien(!). Das wirtschaftspolitische Ziel aller genannten Nachfolgestaaten war die Überwindung dieser Disproportionalität durch Schaffung der fehlenden Wirtschaftszweige, somit der Aufbau einer möglichst autarken Nationalwirtschaft. Freilich haben sie nur bescheidene Erfolge erreicht. Wirklich strukturverbessernde Änderungen erzielte in den zwanziger Jahren das rückständige Ungarn, welches nicht nur seine Landwirtschaft den neuen Verhältnissen anpaßte, sondern auch seine industrielle Produktion vermehrte, anfangs infolge der inflationsbedingten Konjunktur, später durch eine bewußte Industrialisierungspolitik, finanziert durch Agrarausfuhren.

Österreich hingegen hat diese Anpassung an die neuen Verhältnisse trotz bescheidener Teilerfolge, etwa im landwirtschaftlichen Bereich, nicht bewerkstelligt. Bergrers Arbeitsthesen und -ergebnisse stimmen diesbezüglich mit anderen neueren wirtschaftsgeschichtlichen Forschungen überein. Sie widerlegen die These von der Lebensunfähigkeit des Staates, zeigen aber, daß dessen Ressourcen an Material und Bildung zur Nachkriegszeit nicht ausreichend genützt werden konnten. Österreich war mit seinem hypertrophen industriellen und tertiären Sektor in höchstem Maße auf einen freien grenzüberschreitenden Güter- und Dienstleistungsverkehr an-

gewiesen. Tatsächlich hat die inflationsbedingte Industriekonjunktur der frühen zwanziger Jahre die Produktion wieder in Gang gesetzt und den Export ermöglicht, aber ohne Tendenz zu strukturverbessernden Maßnahmen. Die wirtschaftlichen Kontakte mit den Nachbarstaaten blieben erhalten. Die hauptsächliche Schwierigkeit bestand somit in der Instabilität der Währung und in der Staatsverschuldung, einem Erbe der tristen Übergangsperiode 1918—1922, als Österreich in größtem Ausmaß ausländische Lebensmittel auf Kredit besorgen mußte. Vielleicht aber wären auch diese Schwierigkeiten langfristig lösbar gewesen, hätte nicht die Weltwirtschaftskrise die strukturellen Mängel bloßgelegt. Die psychologische und völkerrechtliche Lage des „Siegerstaates“ Tschechoslowakei war da wesentlich günstiger; ihre wirtschaftlichen Gewichte zwischen hochentwickelter Industrie und Landwirtschaft waren ausgeglichen. Dennoch war die extrem exportabhängige tschechoslowakische Industrie ebensowenig wie die österreichische den Erschütterungen der Weltwirtschaftskrise gewachsen.

So gesehen ist es also nicht wirklich vorrangig oder gar allein der Zerfall der Monarchie, welcher den wirtschaftlichen Marasmus der Donaustaaten verursachte, sondern die exogene Kraft der Weltwirtschaftskrise, welche den wirtschaftlichen Organismus der Region angeschlagen hat. Damit hat es wohl seine Richtigkeit, doch bleibt auch nach Berger die Frage offen, welchen Stellenwert die wirtschaftspolitische Autarkie der Nationalstaaten in diesem wesentlich von außen induzierten wirtschaftlichen Niedergang einnahm. Zu fragen wäre auch, ob die Alternative einer langsamen Anpassung an die neuen Verhältnisse, so wünschenswert sie aus ökonomischer Sicht war, sich hätte politisch durchsetzen lassen.

Salzburg

H a n n s H a a s

*Čehoslovaški izvori za bŭlgarskata istorija [Tschechosl. Quellen zur bulgar. Geschichte]. Bd. 1 (1. XII. 1918 — 31. XII. 1925). Red. v. Václav Král u. a., zugest. v. Josef Kolář u. a., hrsg. vom Institut für Geschichte der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, vom Tschechoslowakisch-Sowjetischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften u. vom Institut für Geschichte der Slowakischen Akademie der Wissenschaften.*

Izd. na BAN, Sofia 1985, 408 S. (Izvori za bŭlgarskata istorija 23).

Nicht nur die Zahl der Untersuchungen zur Geschichte Bulgariens in der Zwischenkriegszeit ist, sowohl was Innen- wie Außenpolitik betrifft, denkbar gering, sondern auch die Quellenpublikationen zu diesem Zeitraum lassen sich an einer Hand abzählen. Schon aus diesem Grunde ist das Erscheinen des anzuzeigenden Bandes ein wichtiger Schritt, der überdies zu der Hoffnung Anlaß gibt, es mögen eines Tages auch Quellen aus bulgarischen Archiven veröffentlicht und somit auch der nichtbulgarischen Forschung zugänglich gemacht werden.

Der Band ist — wie unschwer zu erkennen — der Initiative des rührigen bulgarischen Historikers Vasil At. Vasilev zu verdanken, der als intimer Kenner der